

Stadt gibt die Marschrichtung vor

RAHMENPLAN Grüne wollen BKA nach Rüsselsheim holen – „Eine charmante Idee“

Rüsselsheim – Aufbruchstimmung herrschte am Donnerstagabend im Bauausschuss vor: „Das ist eine historisch einmalige Chance“, äußerte sich Abdullah Sert (FDP Plus) zur Entwicklung der frei werdenden 122 Hektar großen Opelflächen, die der Stellantis-Konzern im nächsten Jahr an Investoren verkaufen möchte. Mit dem Geld soll der Bau eines „Green Campus“ – klimaneutraler Arbeits-, Verwaltungs- und Forschungsstätten – entlang der Bahnlinie finanziert werden. „Der grüne Campus ist ein Bekenntnis zur Stadt. Wir wissen, dass die Flächen für die städtebauliche Entwicklung enorm wichtig sind. Deshalb unterstützen wir das Rahmenkonzept“, versicherte Benjamin Sokolowski, Leiter von Public Affairs und Government Relations für Opel/Vauxhall, der am Abend für Fragen zur Verfügung stand.

Das „Ikea-Trauma“ schwang trotz der überwiegend positiven Beiträge der Stadtverordneten mit. Karl-Heinz Schneckenberger (Linke/Liste Solidarität) und Mathias Flörsheimer (WsR) erinnerten daran, wie Stellantis die Stadt schon einmal vor vollendete Tatsachen gestellt hatte. Sokolowski warb erneut um Vertrauen: „Wir haben aus der Vergangenheit gelernt. Die Stadt soll das Heft des Handelns in der Hand behalten“, betonte er.

Große Potenziale im der Region

Mit dem „Rahmenkonzept Rüsselsheim West“ und der Zielgruppenanalyse ergreift die Stadt Rüsselsheim nun das Heft des Handelns und versucht die städtebauliche Entwicklung im Westen Rüsselsheims zu steuern. Was keine leichte Aufgabe sein dürfte.

„Es gibt keine vergleichbaren Flächenpotenziale in der Region Rhein-Main“, machte Diplom-Kaufmann Jörg Lennardt, Geschäftsführer des Büros „Lennardt & Birner“, auf die Bedeutung des Projekts aufmerksam. Sein Büro analysierte die Potenziale der Werksflächen und kam zu dem Ergebnis, dass diese sowohl für die Automotive-Branche als auch für Dienstleistungen im Bereich Kommunikation, Beratung und Forschung geeignet sind. Darüber hinaus wären Unternehmen in den Branchen Medizintechnik, Chemie, Pharma oder Luftfahrzeugbau denkbar. Eben-



Die am Mainufer gelegene Versorgungsinfrastruktur wie die Kläranlage und das Kraftwerk soll erhalten bleiben. Die Werksflächen dahinter bis zur Mainzer Straße stehen zum Verkauf. ARCHIVFOTO: MAIK REUSS

falls in Betracht kommen Firmen im Bereich Bauen und Wohnen sowie digitaler Kommunikation, wozu Rechenzentren gehören. „Rüsselsheim ist Automotive-Standort. Wir empfehlen deshalb, eine Kombination mit einem Innovationszentrum“, so Lennardt. Chemie und Pharma seien ebenfalls sehr zukunftsfähig, aber auch anspruchsvoll.

Die Grünen brachten mit ihrem Ergänzungsantrag zur Drucksache einen ersten möglichen Käufer ins Spiel – das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden. Das BKA plant nämlich einen Neubau auf dem Gelände Ostfeld zu errichten, wo in der hessischen Landeshauptstadt ein neuer Stadtteil in Planung ist. Er wird die derzeit über das gesamte Stadtgebiet verstreuten Liegenschaften des BKA ablösen und genügend Platz auch für ein personell wachsendes Bundeskriminalamt bieten.

Nun wehren sich Bürgerinitiativen und Umweltschützer gegen das „gigantische Projekt der Flächenversiegelung“, wie der BUND das Ostfeld bezeichnet hatte. Warum dann nicht auf einer bereits versiegelten Fläche bauen, überlegen die Rüsselsheimer Grünen. „Das BKA könnte wunderbar nach Rüsselsheim

kommen: Die Flächenversiegelung im Ostfeld wäre damit verhindert, und wir haben hervorragende Verkehrsverbindungen, der Flughafen ist nah“, stellte Birgit Steinborn die Idee ihrer Fraktion vor.

Langfristige Nutzung garantiert

Das Bundeskriminalamt benötige mit 27 Hektar etwa ein Viertel der Opelflächen und brächte rund 7000 Mitarbeiter in die Stadt. Einziger Wehmutstropfen: Die Spitzen des Hessischen Finanzministeriums, des BKA, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Stadt Wiesbaden haben im August 2020 eine Kooperationserklärung für einen Neubau des BKA in Wiesbaden unterzeichnet.

Weil es sich dabei eher um eine Absichtserklärung handle, sei vielleicht noch etwas auszurichten, bemerkte Steinborn. „Eine charmante Idee“, zeigte sich Baustadtrat Nils Kraft (SPD) aufgeschlossen. Das BKA bringe Frequenz in die Innenstadt und der Neubau garantiere eine langfristige Nutzung.

Da es sich bei der Entwicklung des Gebiets um ein Projekt von bisher nie dagewesener Größe handelt, schlagen

die Grünen vor, das Land Hessen an der Konversion zu beteiligen. Außerdem sei eine externe juristische Beratung notwendig, um die Interessen der Stadt Rüsselsheim zu sichern. Man erkundige sich gerade nach spezialisierten Anwaltskanzleien, versicherte Kraft.

Diplom-Ingenieur Stefan Kornmann, Prokurist beim Planungsbüro Albert Speer und Partner, beschrieb Entwicklungsoptionen für die frei werdenden acht Areale mit Gesamtentwicklungsflächen von 112,3 Hektar, da die bestehende Versorgungsinfrastruktur und E-Lade-Parkplätze ausgenommen sind. Denkbar sei eine Begrünung entlang der Mainzer Straße als eine Art „Stadt-Entree“. Den historisch-industriellen Charakter des Gebiets erhalten die denkmalgeschützten Gebäude rechts und links der Mainzer Straße.

Für die Rüsselsheimer Bürger interessant sein dürfte die Erschließung des Geländes mit neuen Straßenverbindungen zum Beispiel einer Nord-Süd-Verbindung vom Mainufer über die Bahngleise in die Böllenseesiedlung.

Die Gewerbe- und Industrie- flächen im Westen werden nach den Überlegungen von

Speer und Partner mit sogenannten Übergangsflächen – stadtverträglichem, urbanem Gewerbe – von der Wohnbebauung im Osten getrennt. Zehn Prozent der Fläche sollte für ein Rechenzentrum vorgehalten werden, empfiehlt das Büro, da wissensintensives Gewerbe auf diese Infrastruktur angewiesen sein könnte.

Bei der Rahmenplanung handle es sich lediglich um die „Marschrichtung“, wie Kornmann formulierte. Darauf aufbauend werde eine weiterführende Rahmenplanung möglichst in Kooperation mit Stellantis und potenziellen Erwerbern erarbeitet. Abschließend wird die rechtsverbindliche Bauleitplanung aufgestellt, über die die Stadtverordnetenversammlung beschließt.

Über die Rahmenplanung wollten die Fraktionen an dem Abend aber noch nicht abstimmen, sie meldeten Beratungsbedarf an. Man wolle einen gemeinsamen Änderungsantrag erarbeiten und in der nächsten Parlaments-sitzung darüber abstimmen. „Wir brauchen eine starke Verhandlungsposition und wollen mit einer starken Stimme sprechen“, erklärten Christian Bock (CDU) und Murat Karakaya (SPD). dt